

Botschaft von Frau Ruiko Muto  
Sprecherin der Klagergruppe gegen TEPCO/  
Representantin der Gruppe Frauen von Fukushima

An alle auf der Welt, die sich für einen weltweiten Atomausstieg einsetzen

Acht Jahre sind vergangen nach dem Atomunfall von Fukushima. Zunächst möchte ich mich bei all denen bedanken, die sich für einen weltweiten Atomausstieg einsetzen. Wenn sich der 11. März nähert, werde ich unruhig, da die Erinnerungen an damals hochkommen. Mir wird erneut bewusst, dass das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Ungerechtigkeit und die erlittenen Schmerzen noch immer andauern.

2018 war ein ereignisvolles Jahr. Insgesamt fanden 35 Gerichtsverhandlungen im Prozess um die strafrechtliche Verantwortung für den Unfall gegen ehemalige Vorstandsmitglieder von Tepco statt, die 2012 nicht nur von uns, sondern später auch von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden waren. An allen Verhandlungen nahm ich teil, in denen viele verborgene Fakten ans Licht gebracht wurden: Nach der Prognose eines Regierungsorgans aus Seismologen und Tsunami-Forschern war die Wahrscheinlichkeit eines großen Erdbebens und Tsunamis an der Küstenregion Fukushima als hoch einzustufen gewesen. Daraufhin hatten Tepco-Ingenieure zwar Kalkulationen durchgeführt, in denen sie mit Tsunamihohen von bis zu 15,7 Metern rechneten, und nach diesen Studien sogar einen konkreten Maßnahmenkatalog erarbeitet, aber die drei Angeklagten hatten nichts unternommen und die Reaktoren weiter betrieben. Dies wurde mit zahlreichen Beweismaterialien wie Zeugenaussagen, Mailarchiven und Konferenzprotokollen von Tepco nachgewiesen. Gegen Ende des Jahres forderte die Staatsanwaltschaft für die drei früheren Topmanager von Tepco wegen fahrlässiger Tötung die Höchststrafe von fünf Jahren Haft. Sie fügte hinzu, dass das Verhalten der Angeklagten, die nur noch auf „nicht schuldig“ plädieren und die Verantwortung auf andere abzuwälzen versuchen, indem sie behaupten, sie hatzen von nichts gewusst und von nichts gehört oder sie seien nicht befugt gewesen, mit Hinblick auf ihre Führungspositionen im Unternehmen nicht zu akzeptieren sei und dass es keinerlei Gründe gebe, den Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Die Schlussverhandlung ist für den 13.03.2019 angesetzt, und das Urteil wird im Sommer zu erwarten sein. Wir hoffen sehr, dass die Betreiberfirma, die diesen Unfall verursacht hat, zur Verantwortung gezogen wird und dass das Gericht ein strenges und unparteiisches Urteil verkünden wird, so dass so ein tragisches Desaster nie wieder passiert. Bitte verfolgen Sie den Ausgang des Prozesses.

Indes gibt es in Fukushima weitere Probleme. Da die mit tritiumbelastetem Wasser befüllten Tanks auf dem Gelände von Fukushima Daiichi auszuufern drohen, schlug ausgerechnet der Vorsitzende der japanischen Atomaufsicht vor, dieses Wasser ins Meer abzuleiten. In öffentlichen Hearings und Briefings, die das Wirtschaftsministerium organisierte, haben viele Bürger die Meinung vertreten, dass das tritiumbelastete Wasser weiterhin in Tanks bleiben sollte, anstatt ins Meer abgelassen zu werden. Selbstverständlich sind die Fischer strikt gegen eine Ableitung ins Meer. Aber ihre Stimme wurde im Komitee zur Entscheidung über das verseuchte Wasser, das am 28.12.2018 im Wirtschaftsministerium getagt hatte, ignoriert.

Außerdem will die japanische Atomaufsicht alle 2.400 Strahlungsuberwachungsmonitore wieder abbauen, die nach dem Atomunfall in der Präfektur Fukushima außerhalb der Sperrzonen installiert worden waren. Es wurde eine Bürgerinitiative gegründet, die den Weiterbetrieb der Monitore fordert. Zahlreiche Bürger, einschließlich Mütter mit Kindern, protestieren gegen das Vorhaben. Ein Drittel der Gemeinden der Präfektur Fukushima hat bereits eine Stellungnahme abgegeben, dass die Monitore erhalten bleiben sollen.

Die Pläne, die kontaminierte Erde, die bei der Dekontamination abgetragen und gelagert wurde, zur Straenauffullung zu verwenden, sind zum Teil durch heftige Proteste der Einwohner vor Ort gestoppt worden. Aber es gibt eine andere Gemeinde, die versucht, einen ähnlichen Plan in die Tat umzusetzen,

nämlich die kontaminierte Erde als Geländeauffüllungsmaterial für Ackerflächen in der Sperrzone zu verwenden.

Letztes Jahr hatte ein Sonderberichtersteller des UN-Menschenrechtsrats Japan aufgefordert, den Richtwert der Strahlenbelastung für die Aufhebung der Evakuierungsanordnungen vor allem für Kinder und gebärfähige Frauen auf 1 Millisievert pro Jahr zu senken – anstatt der bisher geltenden 20 Millisievert pro Jahr. Ferner hatte er die japanische Regierung kritisiert, dass die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen wie Wohnungsbeihilfe am Evakuierungsort eingestellt würden, sobald die Evakuierungsgebiete frei würden. Leider hat die Präfektur Fukushima im März sämtliche Hilfsmaßnahmen für die Geflüchteten aus den Gebieten, in denen der Evakuierungsbefehl aufgehoben ist, beendet, und sieht vor, auch in der Zukunft keine Hilfe mehr für sie zu leisten. Auch in vier Gemeinden von Nami'e, Tomioka, Katsurao und Iitate, in denen sich noch Sperrzonen befinden, werde die Bereitstellung der Evakuierungswohnungen bis Ende des Fiskaljahres 2019 eingestellt, gab der Gouverneur von Fukushima bekannt.

Die Schilddrüsenreihenuntersuchungen im Rahmen der Gesundheitsstudie der Präfektur Fukushima bei den Kindern und Jugendlichen, die zum Zeitpunkt des AKW-Unfalls unter 18 Jahre alt waren, haben bisher 206 mit Schilddrüsenkrebs (166) und Krebsverdacht (40) ermittelt. Aber die Gutachterkommission der Schilddrüsenuntersuchungen machte letztes Jahr bekannt, dass es weitere 11 Krebserkrankte gebe, die hier nicht mitgezählt seien. Auch diejenigen, die in einem anderen Krankenhaus als an der Medizinischen Hochschule Fukushima mit der Diagnose Schilddrüsenkrebs operiert worden waren, weil sie nicht durch die Gesundheitsstudie der Präfektur Fukushima entdeckt worden waren, sind nur durch eine unabhängige Gruppe in der Statistik erfasst, da die Präfektur Fukushima sich weigert, ihre Gesundheitsstudie zu erweitern. Zwar behauptet die Gutachterkommission, den Zusammenhang mit dem Atomunfall zu prüfen, aber wie soll man ihn prüfen, wenn die genaue Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle in der Präfektur Fukushima nach dem Reaktorunfall nicht einmal ermittelt ist? In der Gutachterkommission gibt es Mitglieder, die vorschlagen, den Umfang der Schilddrüsenuntersuchungen zu verringern, indem sie vor einer „Überdiagnostik“ warnen oder argumentieren, die Reihenuntersuchungen in Schulen würden Menschenrechte verletzen. Andere plädieren wiederum für die Fortsetzung der Untersuchungen, damit Schilddrüsenkrebs in einem frühen Stadium entdeckt und behandelt werden kann, und es kommt immer wieder zu heftigen Wortgefechten zwischen den beiden Lagern. Anfang des Jahres hat die japanische Tageszeitung Tokyo Shimbun berichtet, dass das Nationale Institut der radiologischen Wissenschaften, ein staatliches Forschungsinstitut für Strahlenmedizin, bereits im Mai 2011 auf einer Tagung von einem damals elfjährigen Mädchen aus Futaba berichtet hatte, das mit einer Äquivalentdosis von ca. 100 Millisievert belastet gewesen sein soll. Die Regierung hatte dabei immer behauptet, dass keine Kinder mit einer Strahlendosis von 100 Millisievert belastet worden seien. Es gab auch ein veröffentlichtes Papier von Wissenschaftlern, in dem sie die Strahlendosis der Bürger aus der Stadt Date in der Präfektur Fukushima auf ein Drittel der tatsächlichen Dosis geschätzt hatten. Erst nachdem jemand darauf hingewiesen hatte, wurde der Fehler offenbar. Das sind nur ein paar Beispiele, die uns immer misstrauischer werden lassen, ob noch etwas vertuscht oder verharmlost wird, was den Zusammenhang zwischen Strahlenbelastung und den gesundheitlichen Schäden anbetrifft.

Ganz gleich, wie bedrückend die Realität in Japan noch ist, gibt uns der Gedanke weiterhin Kraft, dass es Menschen und gewissenhafte Medien gibt, die dagegen kämpfen. Uns allen gibt die Gewissheit Mut, dass es Menschen auf der Welt gibt, deren Gedanken bei uns sind. Lasst uns weiterhin die Kräfte vereinen, um die Welt von allen Atomanlagen zu befreien und eine Zukunft zu gestalten, in der wir alle sicher leben können!

zum 11. März 2019 in Fukushima,  
Muto Ruiko

<http://hidanren.blogspot.de/>

[http://kokuso-fukusimagenpatu.blogspot.com/p/blog-page\\_5112.html](http://kokuso-fukusimagenpatu.blogspot.com/p/blog-page_5112.html)

(Übersetzung aus dem Japanischen: Yû Kajikawa)